



Januar 2007

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Januar 2007

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.024 Befragte (724 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.524 Befragte (1.129 West / 395 Ost)	
Erhebungszeitraum:	02. bis 03. Januar 2007	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Januar 2007
42.80.44017

Analyse

ARD-DeutschlandTREND Januar 2007

Die Bundesbürger starten insgesamt optimistisch ins neue Jahr. Dass sich die Konjunktur auch 2007 gut entwickelt, erwarten 70 Prozent der Bundesbürger. Mehrheitlich überzeugt sind sie auch, dass im Jahresverlauf die Arbeitslosigkeit zurückgehen wird (56 Prozent). Trotz des ausgeprägten Optimismus gegenüber der weiteren Konjunkturentwicklung bleiben die persönlichen Erwartungen an den Aufschwung gering. Nur jeder vierte Bundesbürger (23 Prozent) ist überzeugt, selbst vom Aufschwung zu profitieren.

Von den positiven Erwartungen der Bundesbürger gegenüber Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung profitiert die Bundesregierung zu Jahresbeginn nicht, die Zahl der zufriedenen Bundesbürger hat gegenüber Dezember sogar leicht abgenommen (-3 Punkte). Allerdings kann speziell die Union sachpolitisches Vertrauen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (jeweils +6 Punkte) hinzugewinnen. Zudem platziert sich die CDU/CSU nunmehr auch in der Außen- (37:35 Prozent) und in der Familienpolitik (34:33 Prozent) knapp vor den Sozialdemokraten.

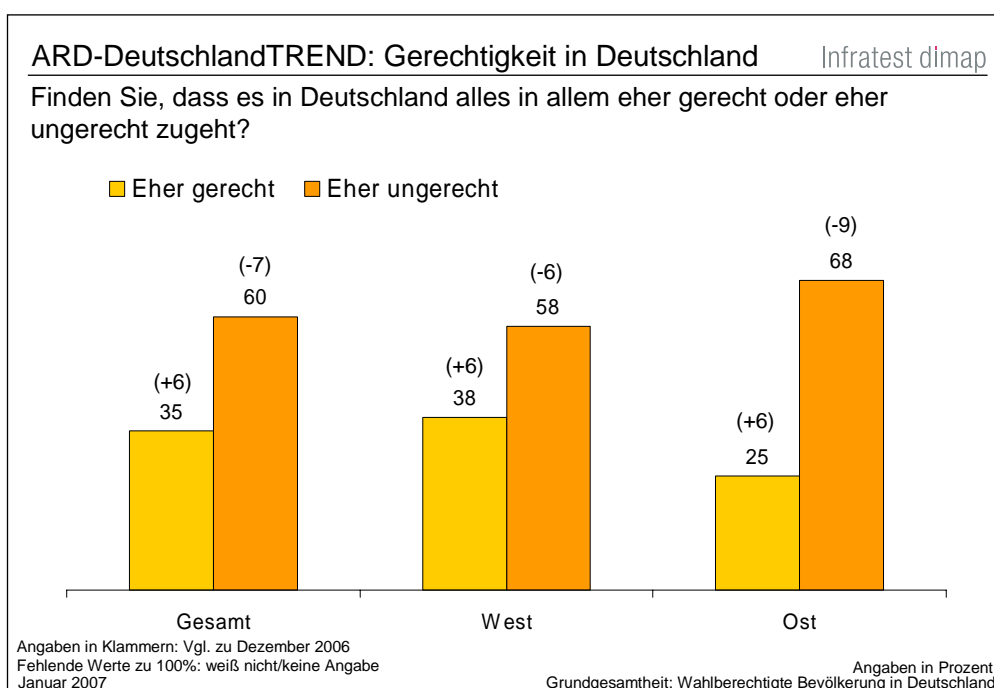
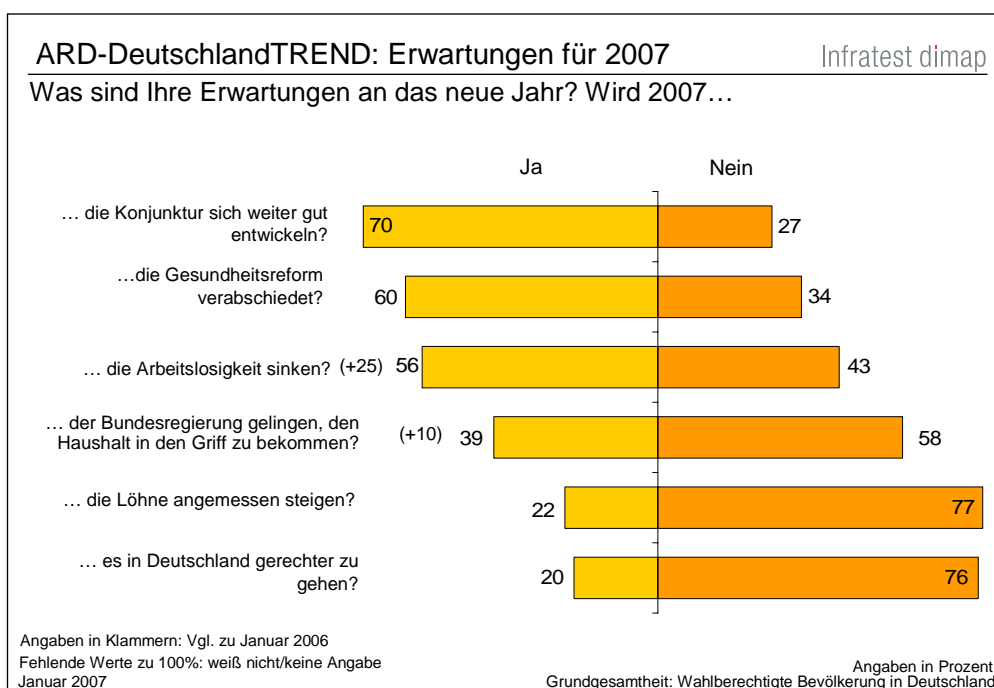
Die Bewertung der deutschen Spitzenpolitiker ist zum Jahreswechsel nur wenig in Bewegung geraten. Den größten Rückhalt in der Bevölkerung besitzt Bundespräsident Horst Köhler. Das Staatsoberhaupt, das zuletzt wegen seiner Weigerung, das Verbraucherinformationsgesetz zu unterzeichnen, in die Diskussion geraten war, erreicht mit 82 Prozent den bislang besten Wert seiner Amtszeit. Bundesaußenminister Steinmeier bleibt mit einem neuen persönlichen Bestwert populärster Parteipolitiker (69 Prozent) vor Bundeskanzlerin Angela Merkel (61 Prozent). Während beide Politiker zulegen, muss der zum Jahreswechsel wegen einer Spitzel-Affäre in die Schlagzeilen geratene bayerische Ministerpräsident deutliche Einbußen (-8 Punkte) hinnehmen.

Der Rückenwind für die Union in der Kompetenz- und Politikerbewertung prägt zum Jahresbeginn die aktuelle politische Stimmung. Die CDU/CSU könnte bei einer Bundestagswahl derzeit mit einem Stimmenanteil von 36 Prozent rechnen. Gegenüber dem Vormonat legt sie 1 Punkt zu. Die SPD büßt dagegen im selben Umfang ein und hätte 30 Prozent in Aussicht. Die Grünen erhielten wie im Vormonat 11 Prozent. Auf den gleichen Stimmenanteil käme auch die FDP (+ 1 Punkt). Die Linkspartei würde unverändert 8 Prozent erzielen. Auf die sonstigen Parteien entfielen zusammen genommen 4 Prozent (-1).

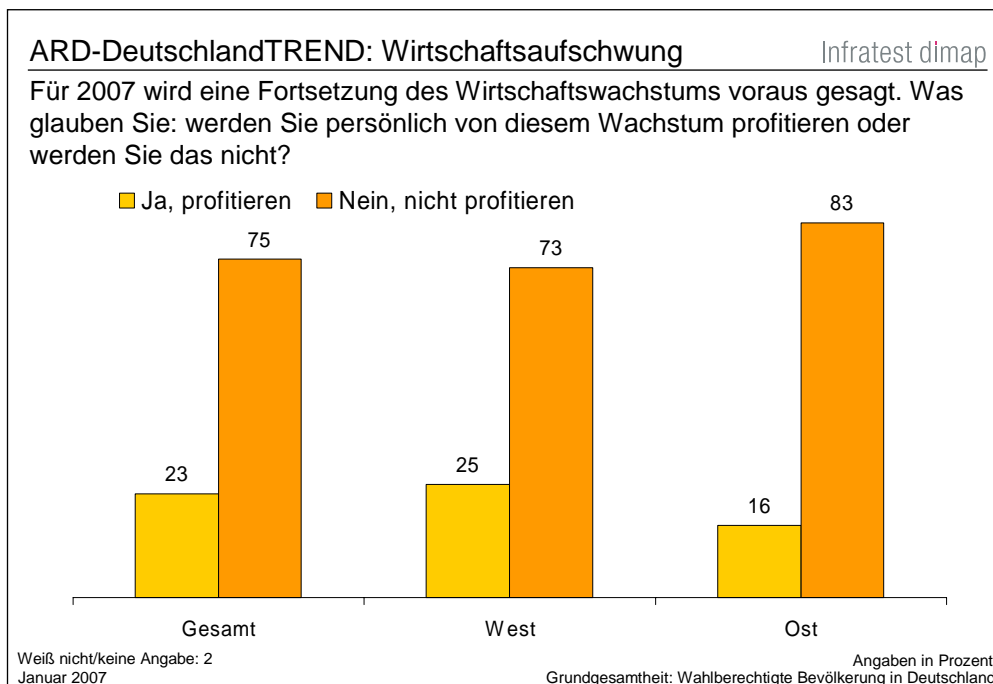
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom Januar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 2. bis 3. Januar 1.024, für die Sonntagsfrage 1.524 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Neues Jahr: Aufschwung geht weiter, Arbeitslosigkeit sinkt, aber geringe persönliche Erwartungen an Aufschwung

Die Bundesbürger starten insgesamt optimistisch ins neue Jahr. Dass sich die Konjunktur auch 2007 gut entwickelt, erwarten 70 Prozent der Bundesbürger. Mehrheitlich überzeugt sind sie auch, dass im Jahresverlauf die Arbeitslosigkeit zurückgehen wird (56 Prozent), vor einem Jahr waren es nur 31 Prozent. Folgt man der Prognose der Bundesbürger dürfte sich im neuen Jahr an der Klage über ein bestehendes Gerechtigkeitsdefizit – im Januar bezeichnen sechs von zehn (60 Prozent) die Verhältnisse im Land als ungerecht – prinzipiell nicht viel ändern.

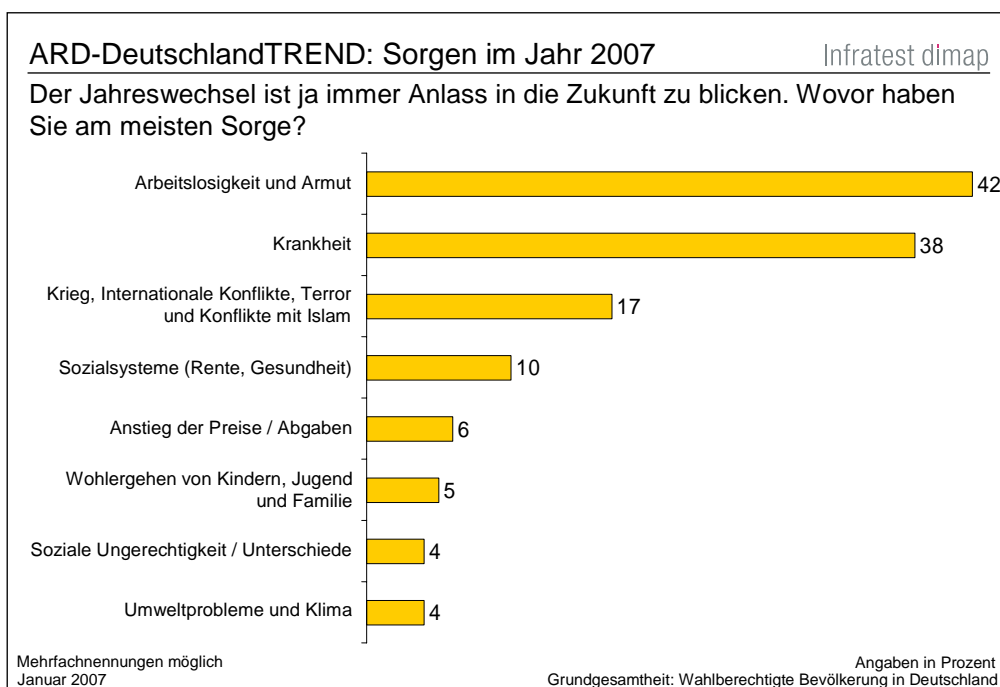


Nur jeder Fünfte rechnet mit einer Verringerung der sozialen Unterschiede und damit gerechteren Verhältnissen (20 Prozent). Ebenso wenige (22 Prozent) erwarten eine angemessene Steigerung der Löhne und Gehälter. Trotz des ausgeprägten Optimismus gegenüber der weiteren Konjunktorentwicklung bleiben auch die persönlichen Erwartungen an den Aufschwung gering. Wiederum nur jeder vierte Bundesbürger (23 Prozent) ist davon überzeugt, selbst von dem für 2007 prognostizierten Wachstum zu profitieren.



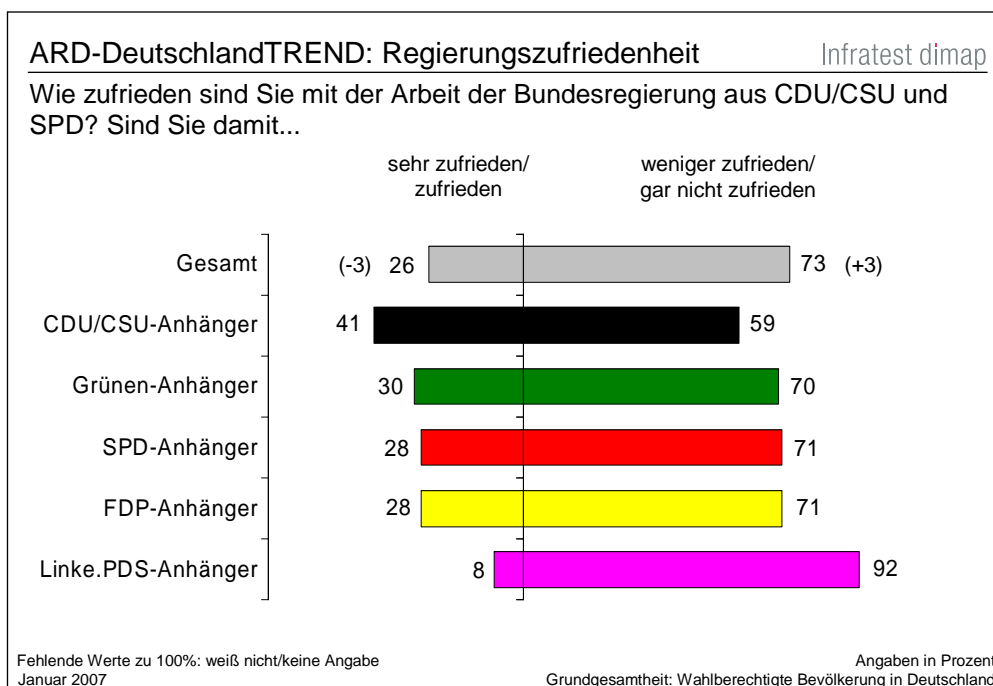
Ungeachtet der durch Mehrwertsteuererhöhung und Konjunktorentwicklung zu erwartenden Steuereinnahmen traut die Mehrheit der Bundesregierung nicht zu, 2007 den Haushalt in den Griff zu bekommen (39:58 Prozent). Allerdings ist das Zutrauen in dieser Frage binnen Jahresfrist spürbar größer geworden (im Januar 2006 29:67 Prozent). In einem Punkt haben die Bundesbürger nur wenige Zweifel. Trotz der jüngsten Auseinandersetzung innerhalb der Bundesregierung rechnen sechs von zehn (60 Prozent) damit, dass das umstrittene Reformprojekt Gesundheitsreform in diesem Jahr verabschiedet und in Kraft treten wird.

Der Jahreswechsel bietet Anlass, nicht nur nach Hoffnungen, sondern auch nach Ängsten zu fragen. Weit oben steht bei den Bundesbürgern neben der Sorge, selbst oder im Verwandten- und Bekanntenkreis von Krankheiten betroffen zu sein (38 Prozent), vor allem die Angst vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg (42 Prozent). Andere Sorgen sind im Vergleich hierzu weniger bedeutsam. Die Furcht vor kriegerischen Auseinandersetzungen und terroristischen Anschlägen treibt 17 Prozent der Bevölkerung um. Eine lückenhafte soziale Absicherung durch das Gesundheits- und Rentensystem besorgt 10 Prozent. Steigende Preise (6 Prozent), das Wohlergehen von Kindern und Familienmitgliedern (5 Prozent), sowie soziale Verwerfungen und wachsende Umweltprobleme (jeweils 4 Prozent) werden von jeweils rund jedem Zwanzigsten genannt.



Ansehen der Bundesregierung leicht rückläufig

Von den positiven Erwartungen der Bundesbürger gegenüber Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung profitiert die Bundesregierung zu Jahresbeginn nicht. Nach dem Hoch im Dezember ist das Ansehen der Bundesregierung sogar wieder leicht zurückgegangen. Aktuell ist ein Viertel der Wahlberechtigten mit der Arbeit der großen Koalition zufrieden (26 Prozent). Demgegenüber äußern sich nahezu drei Viertel mit der Regierungsleistung weniger (53 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (20 Prozent). Im Vormonat vergaben noch 29 Prozent gute Noten.



In den Anhängerschaften beider Regierungsparteien hat die Zahl der kritischen Stimmen wieder deutlich zugenommen, so dass in beiden Gruppen die negativen Urteile überwiegen. Die Sicht auf die schwarz-rote Koalition ist in der SPD-Anhängerschaft ähnlich kritisch wie in den Reihen der oppositionellen Parteien FDP und Grüne.

Parteikompetenzen: Union profiliert sich zu Lasten der SPD

Ungeachtet der zuletzt sogar wieder gewachsenen Kritik an der Bundesregierung gewinnt zumindest die **Union** in vielen Politikfeldern an sachpolitischem Vertrauen hinzu. Im Vergleich zum vergangenen Herbst bauen die Unionsparteien ihre Kompetenzführerschaft insbesondere in der Wirtschafts- (48:15 Prozent; +6) und Arbeitsmarktpolitik (40:18 Prozent; +6) aus. Zudem können sie sich nun auch in der Außen- (37:35 Prozent) und in der Familienpolitik (34:33 Prozent) knapp vor den Sozialdemokraten platzieren.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen I		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.						
Höchster Wert fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke/ PDS	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	48 (+6)	15 (-4)	10 (-1)	1 (+/-0)	1 (-1)	23 (-2)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	40 (+6)	18 (-2)	6 (-3)	2 (+/-0)	2 (+/-0)	31 (-2)
Eine verlässliche Außenpolitik betreiben	37 (+2)	35 (-2)	5 (+/-0)	1 (+/-0)	5 (+1)	16 (-2)
Eine gute Familienpolitik betreiben	34 (+1)	33 (+/-0)	4 (+/-0)	3 (-1)	7 (-1)	18 (+2)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	20 (+/-0)	40 (-3)	4 (+/-0)	7 (-1)	6 (+/-0)	21 (+4)
Die Integration von Einwanderern voranbringen	22 (+/-0)	30 (-1)	3 (-1)	2 (+/-0)	15 (-1)	25 (+2)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Oktober 2006
 Fehlende Werte zu 100%: Sonstige Parteien/keine Angabe
 Januar 2007

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die **SPD** muss dagegen fast durchgängig leichte Kompetenzverluste hinnehmen. Ihr wird von den hier abgefragten Bereichen lediglich bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit (40 Prozent) und in der Integrationspolitik (30 Prozent) am meisten zugetraut. Darüber hinaus hat sie Kompetenzschwerpunkte in der Außen- (35 Prozent), Familien- (33 Prozent) und Gesundheitspolitik (27 Prozent).

Die **FDP** profiliert sich bei leichten Verlusten vor allem mit ihren steuer- (12 Prozent) und wirtschaftspolitischen Vorstellungen (10 Prozent). Darüber hinaus sammeln die Liberalen Punkte in der Beschäftigungs-, Gesundheits- und Rentenpolitik (jeweils 6 Prozent). Die **Linkspartei.PDS** kann lediglich in Fragen sozialer Gerechtigkeit punkten (7 Prozent), während die **Grünen** neben ihrer Domäne Umweltpolitik (53 Prozent) besonders bei der Integration von Zuwanderern (15 Prozent) das Vertrauen der Bürger genießen.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen II

Infratest dimap

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.

Höchster Wert fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke/ PDS	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Gute Umweltpolitik betreiben*	16 (-4)	13 (+2)	3 (+/-0)	1 (-1)	53 (-3)	13 (+5)
Die Altersversorgung langfristig sichern	26 (+3)	23 (-5)	6 (+1)	1 (-2)	2 (+1)	40 (+1)
Eine gute Gesundheitspolitik betreiben	24 (+2)	27 (+/-0)	6 (-1)	2 (-1)	7 (+3)	33 (-3)
Eine gute Steuerpolitik betreiben	25 (-1)	23 (-2)	12 (+/-0)	2 (-1)	3 (+1)	33 (+2)
Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	34 (+5)	17 (-2)	3 (-2)	1 (-1)	4 (+/-0)	38 (-1)

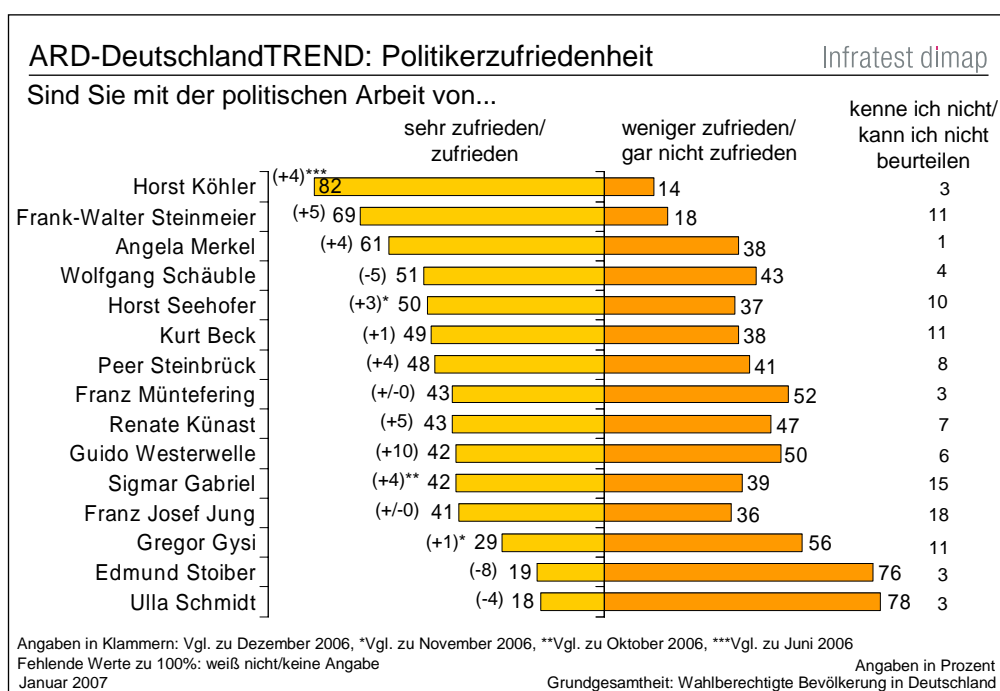
Angaben in Klammern: Vgl. zu Oktober 2006, * Vgl. zu September 2005
Fehlende Werte zu 100%: Sonstige Parteien/keine Angabe
Januar 2007

Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

In der **summarischen Bewertung**, welche Partei die Zukunftsprobleme am besten in den Griff bekommt, kann die Union deutlich zulegen (34 Prozent, +5), während die SPD weniger entsprechende Erwartungen auf sich zieht als noch im vergangenen Herbst (17 Prozent, -2). Allerdings wissen nach wie vor vier von zehn (38 Prozent) keine Partei zu benennen, wenn es um die politische Gestaltung der Zukunft des Landes geht. Auch in der Renten, Gesundheits- und Steuerpolitik bestehen nach wie vor erhebliche Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der politischen Parteien insgesamt.

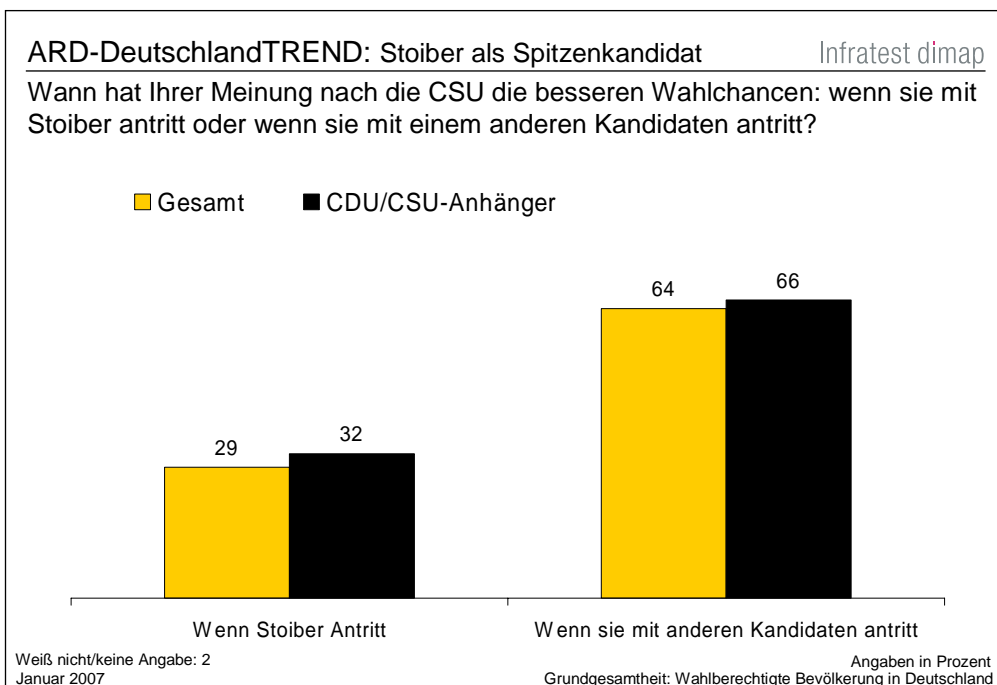
Politikerzufriedenheit: Köhler mit Rückenwind, Stoiber büßt deutlich ein

Die Bewertung der deutschen Spitzenpolitiker ist zum Jahreswechsel nur wenig in Bewegung geraten. Den größten Rückhalt in der Bevölkerung besitzt weiterhin Bundespräsident Horst Köhler. Das Staatsoberhaupt, das zuletzt wegen seiner Weigerung, das Verbraucherinformationsgesetz zu unterzeichnen, in die Diskussion geraten war, erreicht mit 82 Prozent den bislang besten Wert seiner Amtszeit. Bundesaußenminister Steinmeier bleibt mit einem neuen persönlichen Bestwert populärster Parteipolitiker (69 Prozent; +5 Punkte) vor Bundeskanzlerin Angela Merkel (61 Prozent; +4 Punkte). Während beide Politiker zulegen, verliert Innenminister Wolfgang Schäuble (51 Prozent) erkennbar an Zuspruch (-5 Punkte). Schäuble, der aktuell wegen seines Vorstoßes zum Abschuss entführter Passagiermaschinen heftig kritisiert wird, liegt nur noch knapp vor Verbraucherminister Horst Seehofer (50 Prozent; +3 Punkte), dem SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Beck (49 Prozent; +1 Punkt) und Finanzminister Peer Steinbrück (48 Prozent; +4 Punkte).



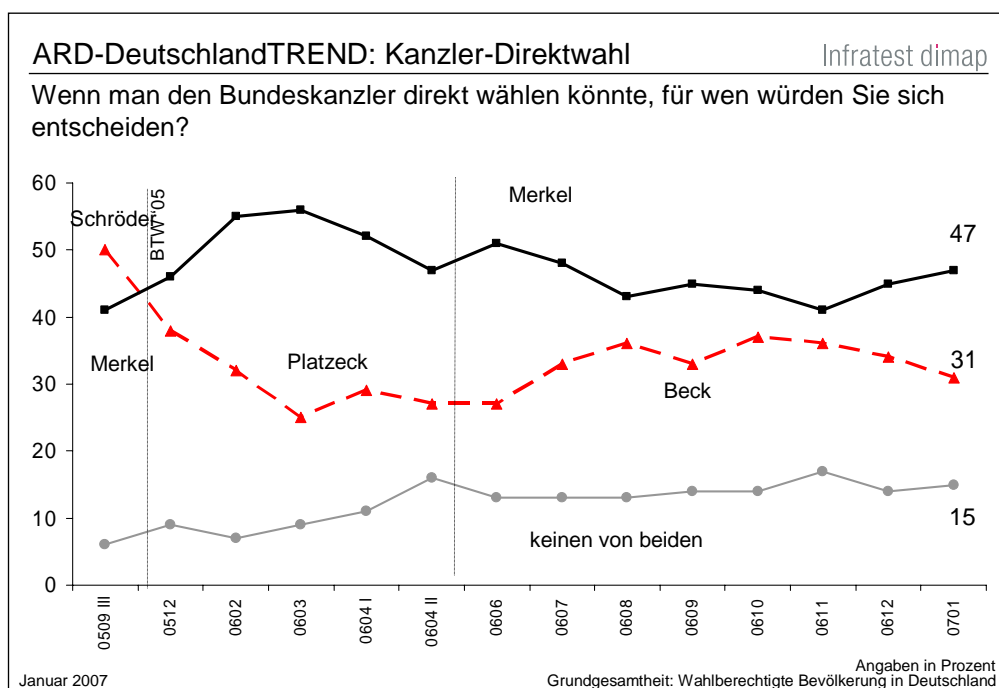
Auf den weiteren Plätzen folgen Arbeitsminister Franz Müntefering, Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast (jeweils 43 Prozent), FDP-Chef Guido Westerwelle, Umweltminister Sigmar Gabriel (jeweils 42 Prozent) und Verteidigungsminister Franz Josef Jung (41 Prozent). Deutlich zurück bleibt im Urteil der Bundesbürger der Fraktionsvorsitzende der Linken, Gregor Gysi, (32 Prozent). Die letzten Plätze in der Politikerbewertung nehmen weiterhin der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (19 Prozent) und die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (18 Prozent) ein. Zwar verlieren beide Politiker an Zuspruch, der bayerische Ministerpräsident jedoch büßt besonders deutlich ein (-8 Punkte).

Edmund Stoiber war über die Feiertage in die Schlagzeilen geraten, ihm wird vorgeworfen, die Fürther Landrätin Gabriele Pauli bespitzelt lassen zu haben. Die CSU-Opponentin und Stoiber-Kritikerin will nun die Frage der Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2008 in einer Mitgliederbefragung geklärt wissen. Bundesweit glauben fast zwei Drittel der Wahlberechtigten (64 Prozent), dass die CSU 2008 mit einem anderen Kandidaten als Edmund Stoiber bessere Wahlchancen hätte. Dagegen sehen drei von zehn (29 Prozent) größere CSU-Erfolgschancen, sollte 2008 erneut Edmund Stoiber antreten. Skeptisch blicken bundesweit auch die Unions-Anhänger auf eine erneute Stoiber-Kandidatur. Auch von ihnen räumen zwei Drittel (66 Prozent) einem alternativen Kandidaten größere Erfolgsmöglichkeiten ein als dem amtierenden Ministerpräsidenten.



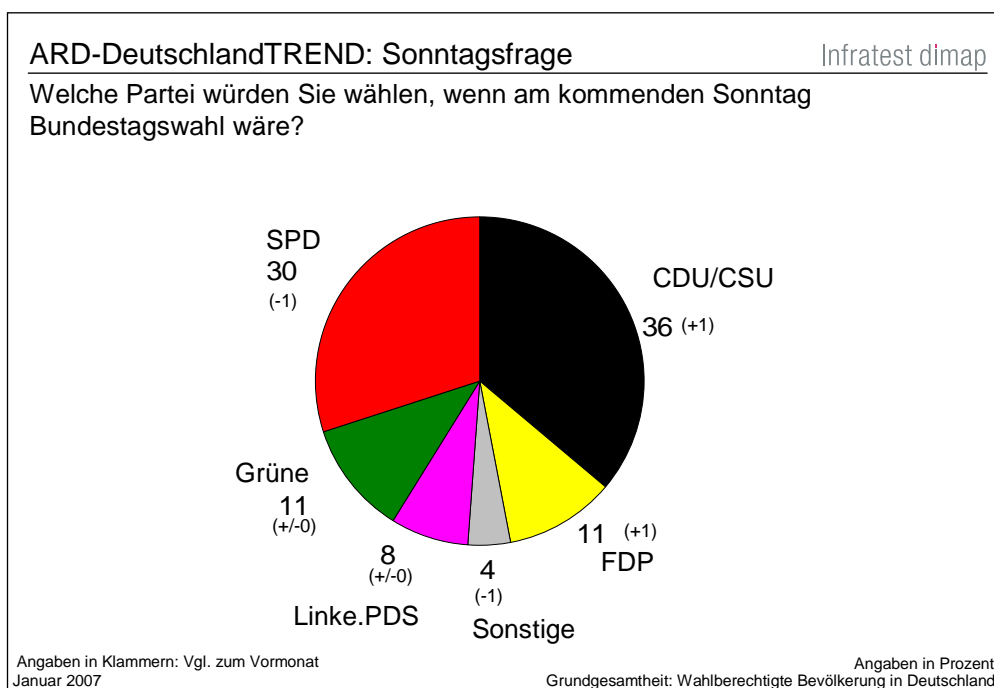
Kanzlerpräferenz: Merkel baut erneut Vorsprung aus

Der persönliche Rückenwind für Angela Merkel zeigt sich weiterhin in der Kanzlerpräferenz der Bundesbürger. Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers könnte die Amtsinhaberin 47 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, für einen möglichen SPD-Herausforderer Kurt Beck würden sich 31 Prozent der Wähler entscheiden. Im Vergleich zum Dezember legt Merkel um 2 Punkte zu, während der Sozialdemokrat 3 Punkte abgibt. Der Vorsprung der amtierenden Regierungschefin hat sich damit von 11 auf 16 Punkte vergrößert.

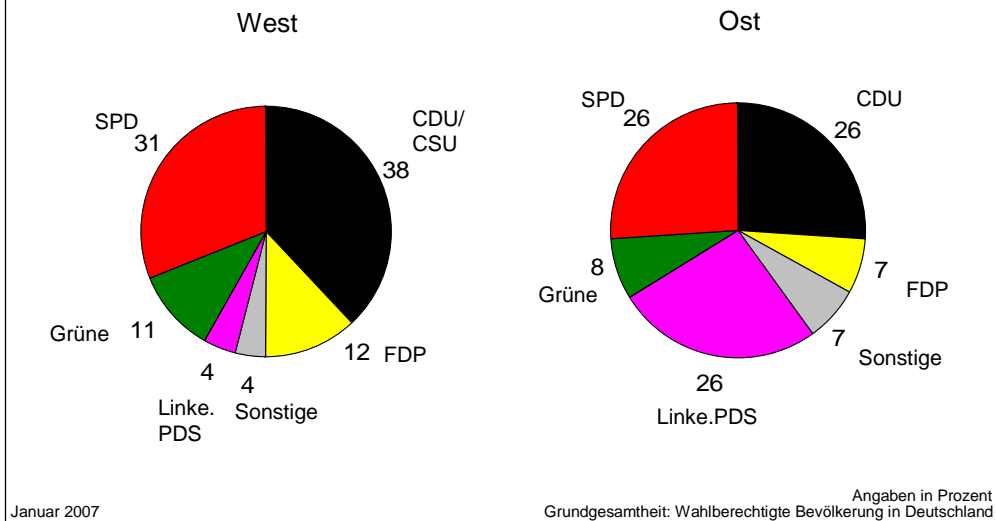


Sonntagsfrage: CDU und FDP legen leicht zu, SPD büßt ein

Der Rückenwind für die Union in der Kompetenz- und Politikerbewertung prägt zum Jahresbeginn die aktuelle politische Stimmung. Die CDU/CSU könnte bei einer Bundestagswahl derzeit mit einem Stimmenanteil von 36 Prozent rechnen. Gegenüber dem Vormonat legt sie 1 Punkt zu. Die SPD büßt dagegen im selben Umfang ein und hätte 30 Prozent in Aussicht. Die Grünen erhielten wie im Vormonat 11 Prozent. Auf den gleichen Stimmenanteil käme auch die FDP, sie legt 1 Punkt gegenüber Dezember zu. Die Linkspartei.PDS würde unverändert 8 Prozent erzielen. Auf die sonstigen Parteien entfielen zusammen genommen 4 Prozent (-1).



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

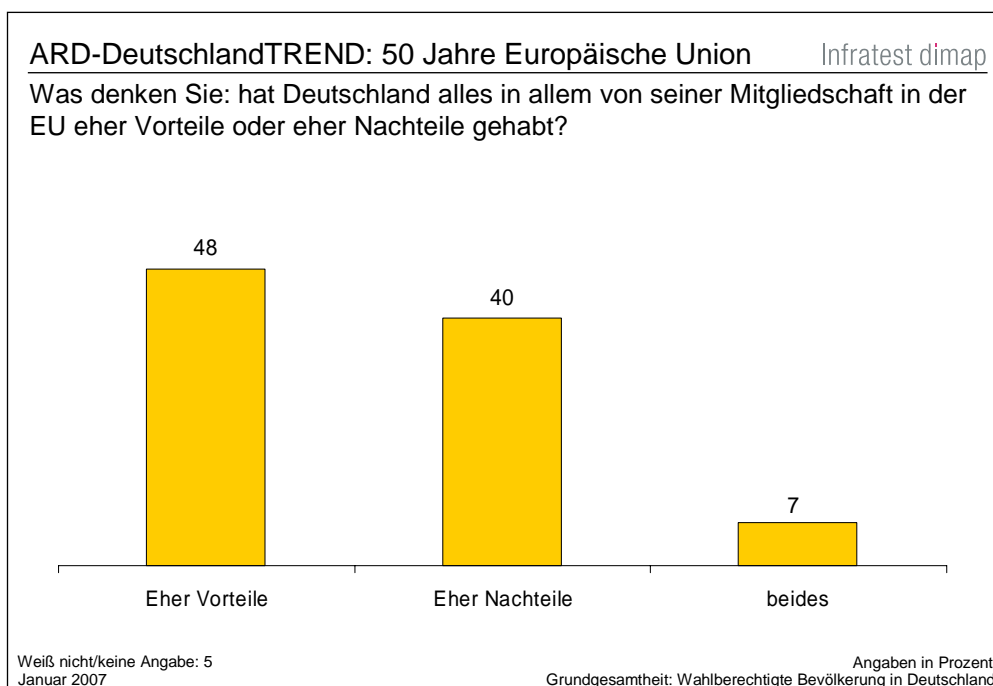


In den alten Bundesländern kann sich die Union mit 38 Prozent weiter von der SPD absetzen, die dort auf 31 Prozent käme. Die FDP könnte sich mit 12 Prozent wieder an den Grünen (11 Prozent) vorbei schieben. Die Linkspartei käme in den alten Bundesländern auf 4 Prozent. In den neuen Bundesländern lägen derzeit SPD, CDU und Linke.PDS mit jeweils 26 Prozent gleichauf. Die Grünen kämen auf einen Stimmenanteil von 8 Prozent, die FDP auf 7 Prozent.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

50 Jahre EU: Jeder zweite Bundesbürger sieht Vorteile für Deutschland

Am 25. März jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge, das offizielle Gründungsdatum der Europäischen Union. Knapp die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent) macht im Rückblick auf 50 Jahre EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile für Deutschland aus. Nach Ansicht von vier von zehn (40 Prozent) aber hat die Zugehörigkeit zur Union der Bundesrepublik eher Nachteile eingebracht.



Überdurchschnittlich überzeugt sind von den Vorzügen der EU-Mitgliedschaft vor allem die jungen Bundesbürger. Die Ansicht, Deutschland habe von seiner Zugehörigkeit zur EU eher profitiert, überwiegt in den Reihen aller im Bundestag vertretenen Parteien, besonders deutlich bei den Anhängern der Grünen.

Image des EURO schlechter als vor seiner Einführung

Ein jüngerer Markstein des europäischen Einigungsprozesses bildet die Einführung des Euro als gemeinsame europäische Währung. Am 1. Januar 2002 wurde der Euro Zahlungsmittel in 12 EU-Ländern, darunter auch in Deutschland. Am Vorabend der Einführung des neuen Bargeldes, im Dezember 2001, war die Skepsis groß: 45 Prozent der Deutschen rechneten mit Nachteilen, 32 Prozent erhofften sich persönliche Vorteile. Jeder Fünfte ging damals nicht von nennenswerten Veränderungen durch die Euro-Einführung (18 Prozent) aus. Nach fünf Jahren Euro-Alltag hält nur noch jeder Zwölfte (8 Prozent) die Währungsunion für persönlich folgenlos. Auf 62 Prozent gestiegen ist dagegen die Zahl der Bundesbürger, die den Euro als nachteilig empfinden. Sicherlich immer noch eine Folge der Wahrnehmung, die Euro-Umstellung habe vieles teurer gemacht. Etwa gleich geblieben ist mit 30 Prozent die Zahl derer, die den Euro als vorteilhaft bewerten.

